

# Saale-Zeitung.

Erstausdrucksblätter

Anzeigen

werden die Spaltenzeile oder beim Mann mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von wieweit Anzeigenstellen und allen Anzeigen-Expositionen angenommen. Bekleben die Zeile 75 Pf. Erhalten wöchentlich postfrei; Sonntags und Feiertags einmal, sonst pro mal täglich. (Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

**Bezugpreis**  
Im Halle vierteljährlich 2.50 M., bei postlicher Zustellung 2.75 M., durch die Post 3.25 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im ausländischen Zeitungsdienst unter Nr. 6816 eingetragen.  
Für die Redaktion verantwortlich: Max Scharre in Halle.  
Veröffentlichung von 10/4 bis 12/4 Uhr.  
(Erscheinung: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.)

Nr. 533.

Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 12. November

1903.

## Die Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland.

Die Verhandlungen zwischen deutschen und russischen Kommissaren über den Abschluß eines neuen Handelsvertrages zwischen Deutschland und Rußland sollen demnächst in Berlin fortgesetzt werden. Bekanntlich hat die vor einiger Zeit in Petersburg abgeschlossene Vertragsperiode der Kommissare irgend ein praktisches Ergebnis nicht erzielt. Die Bevollmächtigten haben sich, wie der frühere Handelsrat lautet, gegenseitig, beiderseits, nicht über ein offenes Geheimnis, daß die deutschen Bevollmächtigten sehr ernstlich an der Fortsetzung der Verhandlungen festhalten und nicht über die Annahme eines neuen Vertrags auf Grund der im Herbst 1902 abgelaufenen.

Es ist bisher auch nicht die mindeste Aussicht vorhanden, daß die russische Regierung auf einen Vertrag mit Deutschland eingeht, der die Mindestzölle auf Wollen, Weizen, Gerste enthält, noch weniger ist daran zu denken, daß sie ihren alten Widerspruch aufgibt, wenn diese nach dem wohlmeinenden Vorschlag des Herrn v. Bobelski der Zoll für Weizen noch über den Mindestsatz erhöht wird. Sollen neue Handelsverträge mit Rußland und demnächst mit Desterreich-Ungarn abgeschlossen werden, so wird der Mindestzoll die Mindestzölle preisgeben müssen, ganz gleich, ob der Reichstag Billow oder Rheinbaben oder wie sonst heißt. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß Handelsverträge mit niederen als den Mindestzöllen eine Mehrheit finden werden, da selbst Herr Camp öffentlich erklärt hat, die gesetzlichen Mindestzölle enthalten nur eine moralische Pflicht für die Regierung, ihre Durchführung zu verhindern; sie ist aber an die Höhe nicht gebunden, wenn der Reichstag nicht als Zentrum und Nationalparlament werden so viel Abgeordnete stellen, wie zur Annahme der Verträge nötig sind, wenn sie eine Form haben, denen die Räte zustimmen kann.

In Rußland bedarf es nicht erst des Überzeugens vom Reichstag zum Hofstaat. Das Kaiserreich ist seit geraumer Zeit befreit, seine Industrie zu fördern und sich vom Ausland unabhängig zu machen. Diese Bemühungen haben schon mannigfachen Erfolg gehabt. Herr Witte wird es an kräftiger Vertretung seines Standpunktes nicht fehlen lassen. Er hat vorausgesetzt, daß jede Erhöhung eines deutschen Zolles die Erhöhung eines russischen zur Folge haben werde. Auf die Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle Deutschlands aber kann Rußland nur mit der Erhöhung der Zölle gegen deutsche Industrieprodukte antworten. Der Zolltarif, den er aufgestellt hat, ist, wenn er in Kraft tritt, geeignet, ganze deutsche Gewerbe von russischen Markt zu verdrängen. Dieses Ergebnis ist nicht abzuwenden, wenn die deutschen Unterhändler und demnächst die Regierung den Wünschen der Agrarier ihr Ohr leihen. Und somit ist das Ende und das Resultat der Verhandlungen noch nicht entfernt abzusehen. Die verkehrte Einleitung der neuen Handelspolitik Deutschlands hat zu einer allgemeinen Unsicherheit über die wirtschaftliche Zukunft geführt, und vielleicht hat Graf Billow inzwischen selbst die Überzeugung gewonnen, daß seine Mitwirkung

zum Zustandekommen des Karloff-Tarifs und der Mindestzölle ein Fehler war und kein parlamentarischer Sieg trotz zu einer diplomatischen Niederlage führen kann. Als die freimüthige Besetzung im vorigen Jahre Zweifel daran äußerte, ob es überhaupt möglich wäre, auf Grund des neuen Zolltarifs zum Abschluß von Handelsverträgen zu gelangen, tat der Centralverband der Industriellen sehr überlegen und deutete an, unter der Schwere des neuen Tarifs spröde bereits die junge Saat der neuen Handelsverträge hervor, und wir würden uns davon überzeugen, daß bereits im Februar, spätestens im Frühjahr, einige Handelsverträge für und fertig sein würden. Jetzt wird eine andere Sprache geführt, jetzt heißt es, Deutschland habe gar keine Veranlassung, den Abschluß von Handelsverträgen zu beilegen, es könne ruhig abwarten, bis die anderen Staaten kommen und um Handelsverträge bitten.

Da es nun leicht möglich ist, daß die anderen Staaten die Weisheit eines solchen Vorgehens nicht allein würdigen, sondern auch nachahmen, so kann es geschehen, daß noch eine lange Zeit vergeht, ehe einer sich entschließt, den ersten Schritt zu tun, um Handelsverträge anzubahnen. Und inszwischen verarrt die Industrie in demjenigen Zustande, der ihr von allem der nachtheiligste ist, in dem Zustande der Unsicherheit. Ein Handelsvertrag mit überhöflichen Worten, der nach sehr Jahren zustande kommt, hat nur nicht annähernd den Wert wie ein Handelsvertrag mit nachigen Vorteilen, der morgen in Kraft tritt.

Die Reichsliste „Ausland und Deutschland“ stellt die Namen der russischen Delegierten für die Verhandlungen betreffend den deutsch-russischen Handelsvertrag mit, die in Berlin am 15. November eintreffen. Außer den bereits früherzeit genannten vier Delegierten: des Grafen des Finanzministers für Handels- und Industrieangelegenheiten Gekhrats Gzellens von Zintzow, des kaiserlich russischen Finanzagenten in Berlin Gekhrats Gzellens von Gollow, des Chefs der Kaiserlich russischen Direktion für Gewerbe und Industrie Gekhrats Gzellens von Langow, des Direktors des II. Departements (Kommunikationen) des russischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten, des russischen Staatsrats Gzellens von Wladimir-Wladimir, ist jedoch noch ein Minister Delegierter, und zwar der Kaiserlich russische Finanzagent in Paris, Gekhrat Gzellens von Wollowitsch, der demnächst in Berlin eintrifft. Die Verhandlungen über das Votiv sind, wenn es sollen parallel mit den Verhandlungen, betreffend den deutsch-russischen Handelsvertrag, geführt werden. Es ist möglich, daß die Verhandlungen schon am nächsten Montag, den 16. November, beghnen werden.

## Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

— Heute morgen wurde über das Verbleiben des Kaisers im Neuen Palais in Potsdam folgendes Bulletin veröffentlicht: „Der Kaiser hatte gestern wegen starken Windes den

Spaziergang aufgegeben. Die Stellung der Wunde nimmt einen regelrechten Verlauf. Das Allgemeinbefinden ist dauernd gut.“

— Die Lehlinger Hofkapelle ist wohl mit Mühe auf die Krantzeit des Kaisers um 8 Tage verlegt worden, findet also am 4. und 5. Dezember statt.

Der Staatsminister von Mecklenburg-Strelitz hat sich in Folge Erkrankung genötigt gesehen, auf längere Zeit sich alles Amtliches zu enthalten. Für ihn ist Landesgerichtsdirektor P. O. J. in dienstmaligen Dienst in die Großherzogliche Landesregierung einetreten.

### Schiffahrtsnachrichten.

Ein österreichisches Blatt will, wie wir schon mittheilten, in Erfahrung gebracht haben, daß auf Verlangen der Marine in den Ministerien allen Einreis der Wien eintretend, die Abgabefreiheit für die Schifffahrt auf dem Rhein und auf der Elbe zu besetzen. Das veranlaßt uns, dem Frage aufzuwerfen: In welchen Ministerien trat man sich mit einem solchen Plan? Diese Nachricht scheint doch nur darauf hinauszuweisen, der preussischen Handelsminister fortwährend rüchthätliche Maßnahmen anzuordnen? Oder sollte der landwirtschaftliche Minister sich den Konventionen schon fast verpflichtet haben? Bei den Konventionen besteht allerdings der Plan, die Verfallsfreiheit auf unseren Flüssen zu unterbinden; deshalb schlugen wir neulich die Abkündigung, um auch auf diese neue Gefahr wirtschaftlichen Rückschlusses durch die Konventionen frühzeitig aufmerksam zu machen, damit nicht der Landtag und Reichstag von dieser Seite überumpelt werde. Wir vertrauen aber, daß sich kein preussischer Ministerium findet, den Konventionen auch in Unterbindung der freien Schifffahrt zu verfahren auf dem Rhein und der Elbe entgegenzunehmen. Zudem würde ein solches Vorgehen das Zustandekommen der Handelsverträge mit Desterreich, der Schweiz und Belgien nur noch mehr erschweren und komplizieren. Denn mit diesen Staaten müßten die abgeschlossenen Konventionen über die freie Schifffahrt auf den genannten Flüssen geändert werden. Unter allen Umständen tun die liberalen Parteien gut, von voreherein gegen jede fiskalischen und protektionistischen Stimmungen unserer Regierung, welche die freie Schifffahrt beschränken wollen, Front zu machen.

### Politisches.

— Eine kräftige Aussage an den Verlaut der Haager Schiedsgerichts, gegen das Kriegsgesetz überhand, als ob es nicht existierte, den Kopf in den Sand zu stecken, hat der deutsche Vertreter Müng gegen den Schiedsgerichtshof gerichtet. Er erklärte, wenn die Friedenskonferenz ein neues Evangelium an Stelle des alten Evangeliums des Völkerrichts gegeben habe, so würden die Völker über ihre Lust auf den härtesten Mitteln (Gewalt) nehmen, als an einem ungerechten Verfahren, welches sie ihre Rechte verletzen lasse.

— Frau Lilly Braun sendet auch eine lange Erklärung gegen ihren Vetter Oberleutnant v. Kretschmann betreffend die Verhaftungsbefehle der Privatreviere ihres Vaters. Sie meint, daß der Vetter, die Briefe nach seinem Tode zu vernichten, sich nur auf die Briefe im Geheimen bezogen hätte, nicht auf die an ihre Mutter gerichteten Briefe, die diese beantwortete. Dem steht aber gegenüber, daß die Briefe i. Z. an den Generalstab auf eine Bitte, ihm den militärischen Nachlass ihres Onkels einzuliefern, beruht hat, sie werde später die nachgelassenen Briefe ihres Vaters vernichten. Sie hätte das bei ihrem

### Abdruck verboten

## Berliner Plianderei.

Nicht nur die Solognen weisen in bestimmten Zeitabschnitten ihre alte Haut ab und präferieren sich in einer neuen auch die Literaten aller Völker befinden sich in solch einem ständigen Häutungszustand. Das literarische Gewand, das vor einem Decennium nicht Bewunderung und Wohlgefallen erregte, misfällt, wird nicht mehr für geschmackvoll gehalten, man lehnt sich nach einem, den Bedürfnissen der Gegenwart mehr angepaßten. Das Wörneche, dem alten Hera mit nachempfindliche Wort: „Nichts ist dauernd als der Wandel“ ist charakteristisch auch für die Gesamtheit der schriftlichen Gesehensgegenstände, so man Literatur nennt. Zum großen Hammer der landtores temporis acti!  
In einem derartigen Häutungszustand befindet sich unsere Literatur augenblicklich. Der Naturalisten feinele Wortschatz ist überwunden, das deutsche Publikum scheint der ewigen dramatischen Graus in Grau-Malerei müde, es erregt sich nicht mehr übermäßig, wenn ihm der dramatische Dichter — und das Drama darf immerhin als die höchste Blüte einer Literatur bezeichnet werden — „das Jahrtausend und den Körper der Zeit“ nur von der Nachfolge zeigt.

Aber lebend ist, verdrückt sich dieser Lasten nicht, die just an des Naturalismus Uebermaß jenseitig Vermerkmale gar deutlich in die Erscheinung trat. Es hat sich daran in dem neuesten Schauspiel „Noje Bernd“, das Drama der Kinderwörter, hat bei weitem nicht den Erfolg erinneren, den einige Freunde und wohlwollende Kritiker zu konstatieren vermeinten. In jedem Akte eine Scene, die ergriff, alles andere sollte das Gros des Publikums nicht zum Weisheit, es blieb kalt. Nur die eingeschweiften Hauptmotive-Empfindungen könnten dem dankbaren, ach! so gleichen Dichter ein halbwegs Mal vor die Lampe.  
„Noje Bernd“ bedeutet im glücklichsten Falle — und ich glaube nicht, daß dieser eintreten wird — einen Saisonserfolg. Nicht möglich für den einzigen deutschen Dichter der Gegenwart. Der unerhörte Siegeslauf der garten und feint

gühteren „Noma Banna“ ist ein Beweis mehr, daß eine Abnahme des guten Geschmacks und des modernisierten Auffassens im Reich ist. Dem Dichter der „Verirrenen Glöck“ dürfte es — soll ich meinen! — ein leichtes sein, sich den Umklüngen des Protektordramas zu entziehen und uns eine seltene, reine, befreiende Kunst zu geben.  
Nicht ein Spiel des blinden Zufalls dünkt es, daß just in unserer Zeit der Richard Wagner-Kult zu einer immer machtvolleren Ausbreitung ansetzt. Ich denke dabei nicht an das Leidenerische Tiergartenmonument. Eine Künstlerin, deren Name mit dem Meister enger verknüpft ist, als der jenes Denkmalserbauers, hat in dieser Woche im königlichen Opernhaus Abchied genommen von der Bühne. Rosa Sacher, die Tausenden von Erdemilgen viele Jahre hindurch das Höchste geboten hat, die Freude reinen Kunstgenusses, trat noch einmal auf die Bretter, die die Welt bedeuten. Der Abschied ward zum Fest. Als Sieglinde in der „Waltüre“, als die sie unerschütterlich bleiben wird für alle Zeiten, entfaltete sie noch einmal ihre unvergleichliche Kunst des Spiels, der Mimik, der Selenprade. Die Stimme — auch eine Sacher ist der Wicht der Jahre tributär — hat an Geßlung eingebüßt, aber was verlohnt das gegenüber der Kunst der Darstellung! Ich würde an Sie man, den Inneren, erinnern. Die Bühne ward zum Leben, das kunstliche Licht des elektrischen Stromes zum Sonnenlicht.

Das Theater, dieses wichtigen Kulturfaktor, will man uns jetzt in Berlin verlieren. Um wenig, um eine Viertelmarke nur, aber das genügt, um einen lokalen Entrüstungsturm zu entfachen. Es fehlt gar nicht aus um die Finanzen unserer lieben Reichs- und Reichshauptstadt Berlin. Die Erträge der Steuern und häßlichen Betriebe haben die garstige Tendenz, sich zu vermindern, während andererseits die Ausgaben sich ständig in aufsteigender Richtung bewegen. Was tut der Reich, um seine Finanzlage wieder in die richtige Balance zu bringen? Er pumpt und lacht seine Einnahmen zu vermehren. Na, gepumpt haben wir, indem eine Millionenanleihe, die aber doch verzinst und amortisiert werden muß, aufnahm. Nun sollen auch die Einnahmen gefördert werden durch neue Steuern. Ja, das

ist immer konstanter und massaler Weisheit letzter Schluss! Es ist's das contrabens missa plos, so klugen Muth! Es soll eine Luftbarkeitserhebung erhoben werden für alle Vermögensgruppen größerer Stills und eine Theaterbillettsteuer, die nur die besseren Klasse treffen soll. Gegen die Befreiung des Amusements opponieren die Schwärze, und sie dürfen Erfolg haben; gegen die Theatererhöhung jeter das Publikum als leidtragendes Karndel, denn die Direktoren werden die Steuer auf das Billlettschlagen. Einfach und schmerzlos für sie. Nun find ja fünfzigtausend Pfennig kein Kapital für den einzelnen, aber Berlins Bevölkerung besteht ja leider nicht nur aus Junggeßellen! — Da wird' ich eine „Berliner Junggeßellensteuer“ eher gerechtfertigt finden.

Das glückliche Los dieser nichts weniger denn sittamen Gölde hat einmal der Goupletänger und Direktor des nach ihm benannten Spezialitätentheaters, Fritz Siebert, in seinen Versen besungen. Am Freitag stand der übermüthige Mime mit noch sechs Schicksalsgenossen vor der fünften Strafammer des Landgerichts. Die sieben Vorfäter sollten Erdrückendes verborgen haben. Sie hatten an einem Herrenabend mitgewirkt, der zu wohlthätigen Zwecken in den Räumen des Stadt-Theaters losgelassen wurde. Die Veranlassung war für einen streng geschlossenen Gesellschafters gebacht und also auch angeben. Im Auftrage der Behörde jedoch hatte sich ein Kriminaljünglingmann der Billletts verdrängen gewußt. So ein Herrenabend hat geschönlich nicht gemein mit einer Sitzung des Tagesbüdnes. Rein Wunder, daß ob dem, was er an dem Abend hörte, des Siederichtsbeamteten stilles Gemüthen tief verlegt wurde mitan seinem armen Schamgefühl. Was ihn aber nicht hinderte, die Vorträge samt und fonder mit zu stenographieren. Nun spricht, auf Grund seiner Anzeige, die hohe Staatsanwaltschaft ein, und Paulius löse Jünger müßten auf den Anklagebänkel Platz nehmen wegen „gemeinsamer Erregung eines öffentlichen Aergernisses“. Der Vertreter der staatlichen Ordnung nahm die Öffentlichkeit an, weil der Kriminalmensch sich eine Karte hatte verdrängen können und Plakate vor die Thür des Stadt-Theaters gestellt waren. Mit Recht machte der Verteidiger geltend,

Tode noch nicht genau, vermutlich weil sie sich früher davon trennen konnte und plötzlich auf einer Felle gestorben ist.

**Kolonialwirtschaftliches.**

— Eine zahlreiche Besuche-Verammlung von Handwerker in Wien ist nach nun längerer Weile durch seinen offenen Brief an den Handelsminister beauftragt worden. Letzterer hat sich sofort an den betreffenden folgenden Entschlossenheit an.

Die heute im großen Saale des Hoftheaters zu Wien versammelten 400 Handwerker haben bei der förmlichen Eröffnung die demselben System der Handwerkerkammern in Wien, indem dieses Vorgehen das Handwerk mehr schädigt, als fördert. Unterzeichnete Handwerker sind gegen die Vorzüge und Mängel, welche notwendig sind, um dem dortverlebenden Handwerk zu helfen, einer hochschätzlichen Regierung mündlich oder schriftlich vorzutragen.

Die Handwerkskammern haben allerdings für die 3 Millionen Markt, die sie in den drei Jahren ihres Bestehens gefordert haben, sehr wenig geleistet. Das liegt wohl wesentlich daran, daß man in den Kreisen des Handwerks selbst immer sehr zwiespältiger Meinung über die einzuschlagenden Wege ist.

Der Direktorium soll, nach der „D. Z.“, zunächst in der Lage sein, für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Abschätzung von ca. 4 Mill. von Defizit zu leisten. In dieser Abschätzung würden die Brenner auch eine gewisse Entschädigung dafür erhalten, die im Jahre 1902 um 20 Mill. von Defizit zu erleiden. Die aus dem genannten Jahre verbleibenden Bestände von 100 Millionen Mark hatte der Staat damals mit 30 Mill. in die Bilanz aufgenommen, als für die neue Ware im Jahre 1903 die Abschätzung bewilligt wurden.

Die Firma Friedrich Krupp, A.-G., erhielt von der türkischen Regierung einen Auftrag auf Geschütze im Werte von 12,000,000 Mark.

**Kirche und Schule.**

— In Dresden fand die erste Sitzung des Deutschen evangelischen Kirchenrats statt. An der Sitzung, die unter dem Vorsitz des Oberbischöflichen und Bischofspräsidenten des Landeskonferenziums, D. Krumm, hier abgehalten wurde, nahmen teil: der Bischof des Evangel. Oberbischöflichen in Berlin Herr Prof. Dr. v. d. Goltz, Oberkonferenzpräsident D. Braun aus Berlin, Konfirmandenpräsident Volpert aus Hannover, Generalinspektor D. Vogt aus Kassel, Oberkonferenzpräsident D. Krieger aus München, Konfirmandenpräsident Herr Dr. v. Gemmingen aus Stuttgart, Prälat D. Gehring aus Regensburg, Oberbischöflichen Prälaten aus Darmstadt, Schwerin, Breslau, Königsberg, Paderborn, in der Provinz, Oberbischöflichen Minister Dr. Nothe aus Weimar, Generalinspektor D. Hoffmann aus Altenburg, Oberkonferenzpräsident Berner aus Dessau und Senator D. Helmreich aus Hamburg. Ueber den Inhalt der Beratungen verlornt noch nichts.

— Die Württembergische Landesynode hat an die süddeutsche Kirchenregierung die Erklärung gerichtet, daß sie die Mitteilung der Staatsregierung über die Bildung eines deutsch-evangelischen Kirchenrats schufte, insofern es sich um den ersten Anfang eines eigenen Zusammenhanges der evangelischen Kirchenrats schufte, mit lebhaftem Interesse und mit Befriedigung entgegen genommen habe. Gleichzeitig hat die Synode an die Kirchenregierung das Ersuchen gerichtet, mit Rücksicht auf die in geistlicher Weise zur Mitarbeit im Kirchenrat schufte in möglichst naher Zeit hinzugezogen werden.

**Heer und Flotte.**

— S. M. S. „Panther“ ist am 8. November und „Gazelle“ am 9. November in St. Domingo eingetroffen. „Stein“ ist am 10. November in St. Domingo eingetroffen und geht am 1. Dezember von dort nach Kingston (Jamaica) in See.

**Verwaltung und Reichspost.**

— Für die angebotene Konferenz im Reichspostamt mit Vertretern der Handelskammern, die am 20. November statt findet, ist vom Reichspostamt folgende in einer Weise von Punkten interessante Tagesordnung aufgestellt worden:

1. Erörterung der Frage, ob Eisenbahnen künftig während der Nachtzeit (nämlich von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens) nur noch besetzt werden sollen, wenn es der Wächter auf der Strecke ausdrücklich verlangt hat. 2. Beratung der Einführung von Postanwerkskassen zur Befreiung der Schwereisenbahnen, die gegenwärtig der Ausbesserung von Postanwerkskassen, Post- und Eisenbahnenleistungen der Reisenden bedürfen. Die Postanwerkskassen, lediglich zum Anhalten des Zuges beim Einsteigen von

Postenbenutzern bestimmt, sollen von den Postämtern für die Dauer eines Jahres gegen eine Abschlagsgebühr von 50 Pf. ausgestellt werden, sofern der Antragsteller persönlich bekannt ist oder sich über einen Beamten nachweislich ausweist. Die Karten sollen nach Ablauf ihrer Gültigkeitsdauer von den Postämtern wiederum auf ein weiteres Jahr verlängert werden können, sofern die in ihnen enthaltenen Photographie und Personalbeschreibung noch zutrifft. Durch Unterzeichnung der Karte übernimmt der Inhaber die Verantwortung für alle Anträge, die aus dem Besitz oder der Verwendung der Karte resultieren. 3. Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse einer Weltreise, wonach in größeren Städten Briefstationen, die nach Eintritt der allgemeinen Schließzeit für die wichtigsten Briege geliefert werden, noch als Spätkassenbriefe gegen eine kleine Gebühr mit diesen Briege besetzt werden können. 4. Erörterung der Frage, ob es angebracht erscheint, an Sonn- und allgemeinen Feiertagen offene Karten mit Nachnahme von der Bestellung auszuschießen, sofern nicht der Absender durch einen Beamten auf der Sendung, oder der Empfänger durch einen Beamten auf der Postamt seines Wohnortes ein anderes ausdrücklich bestimmt hat. 5. Prüfung des Vorschlags von vertriebenen Handelskammern seitens der Postämter, eine Verabreichung der Postverpflichtungsgeld für Vertriebenen einzutreten zu lassen. 6. Erörterung der Frage, ob ein Bedürfnis vorhanden ist, Ferngespräche mit bezahlter Antwort auszuführen. 7. Prüfung der Frage, ob es sich empfiehlt, die vorherige Bestellung von Ferngesprächen mit bestimmten Personen und zu bestimmten Zeiten gegen besondere Gebühr auszuführen. 8. Prüfung des etwaigen Bedürfnisses einer Anordnung, daß neben den Europäern auch der Fernverkehrnehmer auch Schreibapparate (Ferndrucker) oder Phonographen (Telegraphen) oder auch andere aufgestellt werden, damit der Absender der Teilnehmer Nachrichten auf schriftlichem oder phonographischem Wege übermitteln werden können. Das Reichspostamt wird den an der Konferenz teilnehmenden Mitgliedern der Handelskammern sodann noch Mitteilungen machen über: a) einige Wünsche der Konferenzverhandlungen und Mittel zur deren Befriedigung seitens des Reichspostamts; b) die neuen Bestimmungen der Londoner Internationalen Telegraphen-Konferenz, betreffend die Codeline; c) den unläuteren Wettbewerb im internationalen Fernverkehr; d) die Niederlegung von Post- und telegraphischen Nebengebühren der Postämtern und Poststationen nach dem Vorschlag im Sinne der Räte; oder d) die Befreiung von Ferngesprächen mit bestimmten Personen von Einkaufspreisen für die Postbefreiung durch die Absender und einer dadurch vereinfachten Einlieferung der Sendungen.

— Es hat sich herausgestellt, daß bei der mehrfach geäußerten Vorzugs- bei Zwangsversteigerungen von Immobilien nicht allzusehr zu vermeiden, Ausfälle an der Umschlagzeit entstehen, die namentlich in den Vororten der großen Städte ziemlich häufig sind, und die zum Teil nicht zu vermeiden sind. Es darf erwartet werden, daß die Sache schon im nächsten Landtag zur Erörterung kommt.

**Parlamentarisches.**

— Die Sozialdemokraten stellen im Wahlkreise Schlesingen-Regenbrunn den Genossen Wilhelm Gieseler als Kandidaten für Abgeordnetensitz auf.

— Der Abgeordnete v. Bollmar ist seit dem Eisenbahnunfall in Schöngingen, bei dem er eine starke Erschütterung erlitt, erkrankt. Wahrscheinlich schon längere Zeit mit dem Eisenbahnwagen beschäftigt, ist er nunmehr wieder in der Lage, seinen parlamentarischen Tätigkeiten teilzunehmen können.

**Deutsche Kolonien.**

— Während bisher in Dar-es-Salaam in Deutsch Ostafrika nur Weibler und Porter gebrannt wurden, wird die neu erbaute Dampfheizanlage von Wilhelm Schulz auch Bier nach Ostafrika zu verschicken. Die neue Anlage ist ein wenig bescheiden, aber doch ein Beweis für die Entwicklung einer Eisenbahn nach dem Monopol-Kompensations-System vorhanden, die nebenbei auch Kräfte freisetzt.

— Die japanische Reeberei Nippon Yusen Kaisha hat eine neue Linie eingerichtet, deren Dampfer in zwanzigtägigen Zwischenräumen zwischen Kobe und Kantschuo verkehren; sie laufen Sinesing und Port Arthur an. Sinesing richtet die Hongkong Kaisha eine dreiwöchentliche Dampferlinie nach Kantschuo ein.

— Tientsin kommt auch als östlichster Anker allmählich mehr in Aufnahme. Nach Tientsin kamen die ersten Vabadege, etwa 30 an der Zahl, im vorigen Jahr (1902). In diesem Jahr (1903) zählte man bereits 126 Vabadege, 98 Erwachsene und 28 Kinder. Die Vabadege kamen teils von den küstlichen Provinzen Szechuan, Szechuan und Tschiang, teils aus dem inneren China und aus Sibirien. Dem Volkstum nach

waren unter den Erwachsenen 52 Deutsche, 21 Engländer, 8 Amerikaner, 4 Russen und 5 Franzosen.

**Ausland.**

**Eine deutsche Wohnung in der Türkei.**

Das „Wolffsche Bureau“ berichtet folgende aufsehenerregende Auswärtigen Bots in Berlin inspirierte Meldung der „Reinhold Zeitung“: Auf dem Balkan wird namentlich in Konstantinopel sehr beachtet werden. Balkan begünstigt die türkischen Reichlichen Forderungen als das Mindestmaß. Daran ergibt sich, England ginge, wenn es direkt nicht befaßt wäre, darüber hinaus. Der Türkei eröffnet sich daher die Aussicht, falls sie härtere Bedingungen an sie herantreten, daß sie sich nicht mit England und Österreich einigen kann. Es ist ungewiß, ob diese, was die deutsche Regierung wiederholt der Türkei nahegelegt. In den dringenden Nachlässigen Deutschen ist immer der Standpunkt vertreten worden, daß die Worte sich am besten mit den beiden Entente-Mächten einig, da sonst von anderer Seite noch härtere Forderungen an sie gestellt werden könnten. Die Rede Balkons ist geeignet, der Türkei die Berechtigung der Warnung zu zeigen und dazu beizutragen, die Türkei zu vermögen, in den ferneren Absetz zu bleiben, wozu bereits Anzeichen vorliegen.

**Staus des deutschen Handels durch einen deutschen Anker.**

Sancto Domingo wird telegraphiert: Marinemannschaften brauchen das deutsche Konsulat. Ein deutscher Dampfer übernahm die Eskortierung des dominikanischen Regierungsschiffes, den die dominikanische Regierungstruppen für sich an der Nordküste verhielt hatten, eine Ladung zu löschen, so daß die „Albatros“ namentlich ihre Ladung in Sancto Domingo löschen konnten.

**Graf Tiesan und die Obstruktion.**

Der ungarische Finanzminister verhandelt gestern über die Innenministerfrage. Abg. Darabos erklärt, die Mehrheit der Unabgängerpartei werde die Obstruktion fortsetzen. Abg. Szonyi, er, und zahlreiche Mitglieder der Unabgängerpartei müßten die Fortsetzung der Obstruktion. Bei den rechten Parteien beantwortet Finanzminister Lutz eine Anfrage dahin, daß große Rücksicht vorhanden seien. Doch sei der Staatsbankrott nicht eingetreten, daß dieser Zustand, wenn er nicht noch lange andauere, keinen Einfluß auf den Staatsbankrott anfühle. Die Innenministerfrage wurde schließlich vom Finanzminister angesetzt. — Da sie sich noch als Abgeordnetensitz annehmen, bleibt noch abzuwarten.

**Tuberkulose französische Soldaten.**

Daß die Friedenspräsenzstärke des französischen Heeres nicht ganz der Anzahl seiner waffenfähigen Männer entspricht, enthielte die geistliche Sitzung der französischen Deputiertenkammer. Bei Beratung des Kriegsbudgets bittet Dr. Dubois (Sozialist) den Kriegsminister, den hygienischen und sanitären Verhältnissen im Heere seine Aufmerksamkeit zu schenken. Er befragt sich darüber, ob Rekruten eingestellt werden, die mit Tuberkulose befallen seien (Dr. Dubois) (tabakal) tadelt die ungenügenden Verhältnisse in den Kasernen, wodurch die Verbreitung der Tuberkulose im Heere gefördert werde. Kriegsminister André erwidert darauf, daß er angeordnet, daß die Gesundheitspflichtigen einer genaueren Untersuchung unterworfen werden. 6000 Mann seien in diesem Jahre als dienstuntauglich entlassen worden. Er sei für sanitäre Verbesserungen. Der Minister bemerkt schließlich, die meisten Militäreinheiten seien jetzt gute Familienmänner um ihre Leute. Die Weiterberatung des Budgets erfolgt morgen.

**Ein politisches Gastmahl.**

Aus London wird uns unter dem 10. November geschrieben: Das Londoner Bankett ist in erster Linie ein politisches Ereignis, aber der Londoner betrachtet es auch als eine Art Bankett, eine Gelegenheit, einmal alle Politiker des Tages, alle die Männer, die die hervorragendsten Vertreter im Sinne bezeichnen, sehen und begrüßen zu können. Es muß jedoch gesagt werden, daß in jeder Hinsicht die geistliche Veranstaltung ausfallend war. Wohl wurde der süßliche Wein entfaltet, als das letzte kostbare Silber wurde auf die Tafel gebracht und die Dekoration des erhabenen Saales war so prächtig wie je zuvor. Auf den Straßen, die zur Guildhall führen, hatte sich trotz des unheimlichen und kalten Wetters eine dicke Menschenmenge angeammelt, die die antonommenen Gäste mit lautem Hurra bewillkommnete. Aber die Erscheinung, die Wind und

daß die Anstufungen der „Freien Bühne“ — in Parenthese, sie ist lange schon in der Vererbung verschwinden und gleichfalls öffentlich angekündigt wurden, trotzdem die Behörde sie als geschlossene Gesellschaft betrachtet hätte. Vier lange Stunden währte es, bis das hochpoetische Verfahren damit endete, daß die Delinquenten, erprobten Hauptes, unter dem erhebenden Zeichen „freigegeben!“ die Stätte des Gerichts verlassen durften. Ich sah die glattrasierten Mimen schärft im Auge. So also sollte die Sünde auszuschaun! In einem höchst langweiligen Romane Diderots stellt sich der Held, ein leuchtender Jüngling, die Tugenden vor in der Gestalt seines alten Hofmeisters, in der Linken die Tabakdose, in der Rechten eine Pfeife haltend, — das Lafer hingegen in Gestalt der Kammerjungfer seiner Mutter. Ich muß gestehen, die Sünde des französischen Philosophen und Mitarbeiters der Enzyklopädie hat unendlich mehr Verlockendes, als diejenige des Berliner Kriminalromanisten.

Doch was bedeutet diese Homosexualität der beliebigen Sittlichkeit gegen das gewaltige Drama, das sich jetzt Tag um Tag in dem großen Saal dieses Moabiters Justizpalastes abspielt! Wo immer wütet der Kampf ums Majorat, und bei dem ungeheuren Zeugmaterial, das in unablässiger Folge von beiden Parteien herbeigeholt wird, ist ein Ende der Schlacht noch gar nicht abzusehen. Man kann nicht behaupten, daß dieser erbitterte Streit zwischen den beiden Hälften des edlen Graubauers von A. K. in diesen Stimmungen uralten Slavenblutes, sympathisch beizubringen. Des Geldes wegen schließen sie einander vor die Gerichte, das Geldes wegen wird die Gräfin eines Vergehens beschuldigt, das das deutsche Strafgesetzbuch mit Zuchthaus ahndet. Allerdings ist der Preis des Kampfes wert: eines der prächtigsten Majorate der Provinz Polen mit Schloß, Wald und Aedern, einen jährlichen Heinertrag von fünf- undsechzigtausend Mark abwerfend.

Hat die Gräfin den Knaben untergeheben oder ist's ihr eigenes Kind? — Diese Frage wird jetzt ventilert in den Zeitungen, an den Stammtischen, in den Familien, ungeachtet leuchtender Mähdensorgen. Und im Zuschauertraum des Schwurgerichtssaals drängt sich Dame an Dame. Die Seitenretter knistern, auf den schiden Hüften die Straußen-

federn wippen und nicken, die Brillantengänge blitzen und glänzen. Man wagt sich in die Hauptstadt-Bremere des Deutschen Theaters verkehrt. Mit atemberaubender Spannung lauscht die holde Weltlichkeit — und es sind zumeist Damen der guten Gesellschaft — den Verhandlungen. Es kommen Dinge zur Sprache, die einem starknörgeligen Gardehausträger peinlich sein würden — die zarten Vertreterinnen des Pfandes und der guten Sitte erörtern nicht; machen nicht einmal den schärfsten Versuch, eine Schamrute herbeizugreifen. Es gibt doch nichts angieherendes als das Hofstübchen.

Wird die Gräfin verurteilt werden? — Eine außerordentliche, aristokratische Erscheinung, diese Polengräfin mit den Schönheitseigenschaften auf der rechten Wange, und den glühenden, dunklen Augen, die manch' einem Schlägigen den Krauskopf verdreht haben mögen vor dreißig Jahren. Wird sie verurteilt werden, deren Existenz heute abhängig ist von dem Erinnerungsbildern untergeordneter Dienerinnen, Kredite, Droschkentreiber, Gebammen und Bauern! Inferiore Naturen zum Teil, die sich entziehen wollen, was sich vor sieben Jahren auf diesem verwaisten Götter in der Polade abspielte. Wabrich, ein Amnontemler würde in Verlegenheit geraten, gelächelt denn die Hauptpersonen, gelagten, politischen Bauern.

So will sich ein bedovortragender und intelligenter Zeuge, der Berliner Droschkentreiber, in dem er das über Begleitern einen einen Hinder, in dem er das untergeordnete Kind vermutet, an jenem verhängnisvollen Januarabend des Jahres 1897 gefahren. So will sich dieser Zeuge genau entsinnen, daß an dem Tage 18 Grad Kälte geherrschet haben. Und nun beweist der Witterungsbericht vom 26. Januar 1897, daß an diesem Tage mittags das Thermometer nur wenig über Null stand!

Wenn die Anklagebehörde nicht noch gewichtigere Zeugen in Hintertreffen hat, so dürften die Geschworenen kaum zu einem Schuldspruch gelangen. Und man wird sich dessen freuen, die Sympathien sind auf Seiten der Gräfin. — Willehli, daß die Gräfin Jabella bald im Licht der „Kaiserposten“ zum offiziellen Fürstentum erheben

Wird, dieser allernuesten gesellschaftlichen Einrichtung unserer Stadt des Defizits. Der vier o'clock-See, unter dem Patronat der Frau Erprinzeßin von Wied, der Frau Kultusministerin Studt und der feingliedrigen Dichterin Gabriele Reuter, soll eine tägliche Berliner Einrichtung werden, wie sie die Hauptstadt am Seinestrand seit dem letzten Winter hat. Es soll damit ein neutraler Boden geschaffen werden, auf dem sich die Vertreter aller Berufsstände zu einem gemüthlichen Plauderstündchen vereinen, besart die sozialen Gärten und Gegenstände ein wenig abschließend. Eine hübsche Idee, nur schwer ausführbar in einer Stadt, in der den meisten Berufen die siebente Stunde die Stunde der Ruhe und Erholung bedeutet. Dem Fremdling hingegen mag diese vier o'clock-See-Institution eine angenehme Neuerung sein. Er bezahlt sein Eintrittsgeld von einer Mark fünfzig, trinkt dafür Tee, knabbert einige Cafes, begnügt die Berliner Gesellschaft und verläßt sich auf dem erhebenden Bewußtsein, daß der Verdienst, den er bei fünfjähriger Vereinnung hat zusammen lassen, der Gründung eines Säuglingsheims zugute kommt.

Diese gesellschaftliche Einrichtung wird auch der Politik Rechnung tragen und die Testunde am Donnerstag, dem Tage der Landtagswahlen, ausfallen lassen müssen. Ein wichtiger Tag für das Land, ein trauriger für Berlin. Des Deutschen Reiches blaublättrige Kaiserin, als Wähler der dritten Klasse, zusammen mit seinem Fortier wählen, während eine ganze Anzahl von Berlinern den Wahlkreis erfüllt, in dem ein Steuerzahler von achtzehn bis hundert Gläubigen zum Wahlmann erster Klasse gewählt. Es ist hohe Zeit, daß dieses lächerliche, dieses unmögliche Wahlgesetz wegräumt wird, damit dem Parlament erparat bleibe, was Sainte-Beuve einmal geschrieben: „Die Politiker am Ministertisch und auf den Bänken der Kammer hielten ihre Schwärze weiter und gaben nur auf ihr Schwärzrecht acht. In den Tisch, auf dem dieses Schwärzrecht ruhte, dachten sie nicht. Dieser Tisch aber war ein lebendiger: der Rücken des Volkes. Er ring an, sich zu bewegen, und in einem Augenblicke lag Schwärzrecht und Figuren auf dem Boden.“



